

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

„Wie gelähmt“

Zum zweiten Mal in kurzer Zeit hat ifo seine Wachstumsprognose für 2024 gesenkt. Ging das Institut im Dezember noch von 0,9 % und im Januar von 0,7 % aus, so liegt die Marke (derzeit) bei nur noch 0,2 %. Wenn sich die Haltbarkeit von Konjunkturprognosen derjenigen von Wasserstandsmeldungen annähert, stellen sich grundsätzliche Fragen. ifo kommentiert die aktuelle Entwicklung so: „Die Konsumzurückhaltung, die hohen Zinsen und Preissteigerungen, die Sparbeschlüsse der Regierung und die schwache Weltkonjunktur dämpfen derzeit die Konjunktur in Deutschland und führen erneut zu einer Winterrezession.“ Das Rekordhoch der deutschen DAX-Konzerne täusche. Das Geschäft der im MDAX notierten Unternehmen laufe schlechter. Der Auftragseingang sei rückläufig, der Bestand zu niedrig und die Unsicherheit groß. Insgesamt sei die deutsche Wirtschaft „wie gelähmt“. Auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) hat seine Erwartungen für 2024 um 0,8 % deutlich revidiert auf ein marginales Plus von 0,1 %. Die Bundesregierung geht im neuen Jahreswirtschaftsbericht nur noch von einem Wachstum um 0,2 % aus. Derzeit befindet sich die deutsche Wirtschaft weiterhin in der Rezession. Während die Forschungsinstitute mit einer Schwächung des Exports um 1,4 bis 1,5 % rechnen, erwartet der DIHK ein preisbereinigtes Wachstum um 0,5 %. Das ifo-Geschäftsklima im Wohnungsbau ist im Februar auf ein neues historisches Rekordtief abgestürzt. Der Bundeswirtschaftsminister hat die Lage kürzlich als „dramatisch

schlecht“ bezeichnet. Die Ankündigung einer konjunkturellen Erholung ab Mitte 2024 klingt vor diesem Hintergrund wie das Pfeifen im dunklen Wald.

Standortschwächen

Immer mehr hiesige Unternehmen investieren verstärkt im Ausland, um die hohen Kosten am Standort Deutschland zu vermeiden. Gleichzeitig mehren sich die Klagen aus der Wirtschaft über die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit. Firmen, die Auslandsinvestitionen planen, verweisen – einer DIHK-Befragung zufolge – zu 73 % auf die Energie- und Rohstoffpreise sowie zu 63 % auf die Arbeitskosten. Auch aus Sicht internationaler Investoren verliert der Standort Deutschland an Attraktion. Das hat eine Befragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG bei 350 Finanzvorständen deutscher Tochtergesellschaften internationaler Konzerne ergeben. Danach rangiert die Bundesrepublik für Investoren nur noch im Mittelfeld. Als größte Standortnachteile werden überbordende Bürokratie (61 %) und hohe Energiekosten (57 %) genannt, es folgen mangelhafte Digitalisierung, Regulierungsvorgaben für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung sowie fehlende Technologieoffenheit. Als bedeutendster Vorteil wird die zentrale Lage in Europa (79 %) anerkannt. Zu den traditionellen Stärken gehören der Lebensstandard, die öffentliche Sicherheit, die politische Stabilität und die Forschungslandschaft, die allerdings im Vergleich zu früheren Umfragen deutlich an Wertschätzung verloren haben. In diesem Ranking nicht berücksichtigt worden ist die offenbar nachlassende Arbeitsmoral der

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Deutschen. So hat eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg ergeben, dass die Menschen in Deutschland 2023 so wenig gearbeitet haben wie seit dem Corona-Jahr 2020 nicht mehr. Das Institut fasst die Lage so zusammen: „Der höchste Krankenstand, die wenigsten Überstunden, die meiste Teilzeit.“ Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit aller deutschen Erwerbstätigen lag im vergangenen Jahr mit 1.342 Stunden erheblich unter den Werten anderer Industrienationen. Mit durchschnittlich 15,2 Arbeitstagen waren die Beschäftigten – laut IAB – 2023 so lange krankgeschrieben wie noch nie seit 1991. Das bedeutet gegenüber dem bereits ebenfalls schon krankheitsintensiven Vorjahr eine Steigerung um über 6 %. Zur Beflügelung des ohnehin rückläufigen Interesses ausländischer Investoren dürfte übrigens auch nicht die kontraproduktive Lust am Streik beitragen. Bundesweite Arbeitsniederlegungen zur Durchsetzung deutlich höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeiten und zusätzlicher Sozialleistungen werden in den Chef-Etagen internationaler Investoren als abschreckendes Argument gegen den Standort Deutschland zur Kenntnis genommen.

Prinzip Hoffnung

Im März 2023 hat der Bundeskanzler ein grünes Wirtschaftswunder angekündigt. Scholz

erklärte: „Wegen der hohen Investitionen in den Klimaschutz wird Deutschland für einige Zeit Wachstumsraten erzielen können wie zuletzt in den 1950er- und 1960er-Jahren geschehen.“ Zur Erinnerung: Unter der Führung von Adenauer und Erhard konnte die junge Bundesrepublik im Durchschnitt ein BIP-Wachstum von jährlich 8 % verzeichnen. Das marktwirtschaftliche Versprechen lautete „Wohlstand für alle“. Zu den aktuellen Fakten: 2023, also im ersten Jahr des angeblichen Wirtschaftswunders, ist die deutsche Wirtschaft um 0,3 % geschrumpft, befand sich also in der Rezession. Auch für das laufende Jahr ist keine Trendwende erkennbar. Die von der Bundesregierung (noch) vertretene Wachstumsprognose um 0,2 % scheint vom Prinzip Hoffnung getragen. Die wuchernde Neigung zur ökosozialistischen Planwirtschaft fördert staatlichen Dirigismus, Bürokratie sowie die Bevormundung von Bürgern und Unternehmen. Das Land braucht dringend eine auch an dieser Stelle mehrfach geforderte Agenda 2030, die mit marktwirtschaftlich bewährten Konzepten die überfälligen Befreiungsschläge in einer zunehmend verfahrenen Gemengelage ermöglicht. Das würde allerdings Führungsstärke, Mut und Konsequenz voraussetzen, also Eigenschaften, die nicht gerade zu den hervorstechenden Merkmalen der Ampel-Koalition gehören.